

## Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie

PRESSEMITTEILUNG

27. Oktober 2010

Auf seiner heutigen Sitzung diskutiert der Wirtschaftsausschuss des Bundestages den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie über die Ergebnisse des "Rohstoff-Dialogs". Mit einer vorläufigen Stellungnahme haben 14 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung Stellung genommen.

WEITERE INFORMATIONEN:  
SUSANNE HEINKE  
Tel.: 0228/911 96-44  
E-Mail: [pr@bicc.de](mailto:pr@bicc.de)

Die NGOs Arbeitsgruppe Tschad/Groupe Tchad, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt, Diakonie Menschenrechte, FIAN Deutschland e.V. (FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk), GegenStrömung – CounterCurrent, Germanwatch, Global Policy Forum Europe, INFOE - Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e.V., philippinenbüro e.V. im Asienhaus, PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft, SÜDWIND e.V. - Institut für Ökonomie und Ökumene und Ungewald sowie das Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn) verweisen auf die weitreichenden Folgen einer solchen Strategie - sowohl für die Menschen in Deutschland als auch für jene in den rohstoffreichen Ländern.

Zum Wortlaut der „[Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie](#)“

Die „Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie“ formulieren: „Die Strategie sollte daher auch dazu beitragen, dass der Rohstoffabbau die Entwicklungschancen der Menschen in den rohstoffreichen Entwicklungsländern verbessert. Deutschland trägt hierfür eine Mitverantwortung, weil ein erheblicher Teil der Rohstoffe aus diesen Ländern importiert wird. Die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft darf nicht auf Kosten der Menschen und der Natur in den Förderländern erfolgen. Soziale, ökologische, menschenrechtliche und friedenspolitische Aspekte müssen einen integralen Bestandteil deutscher Rohstoffpolitik bilden.“